



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VII/2024/06693**
Datum: 09.01.2024
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Dr. Bodo Meerheim
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	31.01.2024 28.02.2024	öffentlich Entscheidung
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften	19.3.2024	öffentlich Vorberatung
Hauptausschuss	20.03.2024	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	27.03.2024	öffentlich Entscheidung
Unterausschuss Haushaltskonsolidierung	21.05.2024	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	29.05.2024	öffentlich Entscheidung

Betreff: Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Erarbeitung eines Konzeptes zur kurz- und mittelfristigen Absenkung der Gewinnausschüttungen der Gesellschaften GWG mbH und HWG mbH

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister, in seiner Funktion als Gesellschaftervertreter, vertreten durch den Bürgermeister, wird beauftragt, mit den Gesellschaften GWG mbH und HWG mbH, vertreten durch die Geschäftsführerinnen, in Abstimmung mit den Aufsichtsräten ein Konzept zur kurz- und mittelfristigen Absenkung der Gewinnausschüttungen der beiden Gesellschaften auf ein Niveau von Null zu erarbeiten und dieses bis spätestens Mai 2024 dem Stadtrat zur Behandlung vorzulegen. Nach Beschluss durch den Stadtrat ist das Konzept in die

Haushaltsplanungen ab 2025 ff. einzuarbeiten.

Gez. Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender der Fraktion

Begründung:

Die Mieten in Halle steigen.

Auch die städtischen Wohnungsgesellschaften GWG und HWG erhöhen zwangsweise die Miete, teilweise um 20%, ohne dass es substantielle Verbesserungen der Wohnungen gegeben hat. Unter diesen Umständen sind die jahrelangen Zahlungen von HWG und GWG in den städtischen Haushalt in Höhe von 7 Mio. € nicht nur ein Preistreiber, sondern bringen auch die Gesellschaften an den Rand ihrer Belastbarkeit. Um diesen Rand nicht zu überschreiten und um die Forderungen der Stadt weiter bedienen zu können, erhöhen HWG und GWG die Mieten und verkaufen Wohnungen, also Vermögen.

Parallel werden große Herausforderungen und Ansprüche durch die Stadt an ihre Wohnungsunternehmen gestellt: Sanierung, Neubau, Barrierefreiheit, Heizwende etc. pp. sind durch sie zu tragen, während die Mieten einem sozialen Anspruch von günstigem Wohnraum folgen sollen. Diese Herausforderungen in Kombination mit den jährlichen Abführungen in den städtischen Haushalt stellen ein immer größeres Problem dar und gehen an die Substanz der Unternehmen und belasten die Mieter*innen. Das muss ein Ende haben.

Wir brauchen heute und in der Zukunft mehr bezahlbaren Wohnraum und nicht weniger. Dafür sollen die städtischen Wohnungsgesellschaften eine Schlüsselrolle behalten. Damit können die Unternehmen auch aktiv zu einer Dämpfung des Mietspiegels beitragen, was allen Mieter*innen in der Stadt hilft.